



## Änderungsantrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

### **„Abschiebestopp in die Balkanregion aufgrund der Flutkatastrophe und der Gefahr durch aufgeschwemmte Landminen.“**

Drucksache 18/1993

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt,
  - a) dass der Innenminister zur Frühjahrskonferenz der Innenministerkonferenz einen aktuellen Lagebericht des Auswärtigen Amtes über die von der Flutkatastrophe betroffenen Länder Serbien und Bosnien-Herzegowina erbeten hat.
  - b) dass die Ausländerbehörden durch das Innenministerium bereits per Erlass angehalten worden sind, bei entsprechenden Vorträgen Betroffener die erneute einzelfallbezogene Prüfung von Abschiebungshindernissen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu ermöglichen.
  - c) dass auf Veranlassung des Innenministeriums bis auf weiteres auf die Durchführung von Sammelchartern zur Rückführung der Betroffenen nach Serbien und Bosnien-Herzegowina verzichtet wird.
  
2. Der Landtag erwartet von der Bundesregierung, dass sie an die Flutkatastrophe in den westlichen Balkanstaaten die gleichen Maßstäbe anlegt, wie 2005 an das vom Tsunami betroffene Sri Lanka. Damals wurde ein bundesweiter Abschiebestopp vereinbart. Bis dahin erwartet der Landtag, dass das zuständige Bundesamt für Migration und Flücht-

linge die Herkunft der Asylsuchenden in die Prüfung zielstaatsbezogener Abschiebungshindernisse angemessen einbezieht.

Serpil Midyatli  
und Fraktion

Eka v. Kalben  
und Fraktion

Lars Harms  
und die Abgeordneten des SSW